

FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT MIT FAIREN UND NACHHALTIGEN LIEFERKETTEN

Gerade in Krisenzeiten braucht es Ideen, wie Deutschland seiner Verantwortung in der Welt gerecht werden und dabei gleichzeitig seine Resilienz gegenüber Krisen ausbauen kann. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass stabile und transparente Lieferketten sowie eine auf die Zukunft ausgerichtete Wirtschaft dabei entscheidende Faktoren sind. Das zeigt unter anderem der Faire Handel, der sich mit seinen langfristig aufgebauten und auf sozialen und ökologischen Prinzipien basierenden Strukturen als extrem krisenfest erwiesen hat. Aus diesen Erfahrungen lassen sich einige Erkenntnisse ableiten, die für eine zukünftige Bundesregierung als Richtschnur gelten können. Aus Sicht des Fairen Handels sind dabei vier Bereiche von entscheidender Bedeutung:

1. DEUTSCHLAND SOLLTE ZU EINEM ZENTRALEN STANDORT FÜR GEMEINWOHLOIENTRIERTES WIRTSCHAFTEN AUSGEBAUT WERDEN

Deutschland hat eine lange Tradition im Bereich sozialer Innovationen und der Gründung gemeinwohlorientierter Unternehmen. Die zukünftige Regierung sollte kleine und mittlere Unternehmen (KMUs), die den Fokus ihres Unternehmenszwecks auf die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen legen, weiterhin darin unterstützen, sich resilient und zukunftsfähig aufzustellen. Mit der 2024 verabschiedeten Strategie „*Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen*“ hat die jetzige Regierung eine wichtige Weichenstellung vorgenommen, die es deutschen KMUs ermöglicht als wichtiger Wirtschaftsfaktor gesellschaftliche Herausforderungen mit unternehmerischen Mitteln anzugehen. Diesen Weg sollte die neue Regierung weiterverfolgen und Deutschland zu einem zentralen Standort für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften ausbauen.

Fair-Handels-Unternehmen können hierbei eine Doppelfunktion einnehmen: Zum einen verfügen sie als Pioniere des Fairen Handels über eine jahrzehntelange Expertise im Aufbau von fairen und nachhaltigen Lieferketten und können so als Best-Practice-Beispiel fungieren, zum anderen sind sie von ihrem Unternehmenszweck direkt auf das Gemeinwohl ausgerichtet und wirken bereits jetzt in ihrem Handeln. **Eine Förderung des Fairen Handels durch die zukünftige Bundesregierung stärkt demnach die wirtschaftliche, soziale und ökologische Komponente des Standorts Deutschland.**

2. DEUTSCHLAND BRAUCHT BEDINGUNGEN FÜR EINEN FUNKTIONIERENDEN WETTBEWERB, DER PRODUZENT*INNEN WELTWEIT EIN FAIRES EINKOMMEN ERMÖGLICHT.

Eine zukunftsfähige Wirtschaft ist vielfältig und demokratisch gestaltbar. Die zunehmende Monopolisierung schadet Verbraucher*innen, den Produzent*innen, der Umwelt, und letztlich auch der Demokratie, da marktmächtige Unternehmen zu viel gesellschaftliche Gestaltungsmacht erhalten. Deshalb sollte die zukünftige Bundesregierung den in der jetzigen Legislatur eingeschlagenen Weg weitergehen, das Wettbewerbsrecht so zu gestalten, dass es die Chancen von Wettbewerbern, insbesondere von kleineren und mittleren Unternehmen stärkt, und damit einer zunehmenden Marktkonzentration effektiv entgegentreten. Gleichzeitig muss durch politische Maßnahmen sichergestellt werden, dass sich alle Verbraucher*innen gute und gesunde Lebensmittel leisten können. Ein funktionierender Wettbewerb kommt allen Unternehmen und Verbraucher*innen zu Gute und fördert den demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Aus Fair-Handels-Sicht ist hier vor allem die Agrar- und Lebensmittelbranche von Bedeutung. Bäuer*innen weltweit sichern mit ihren Lebensmitteln unsere Lebensgrundlage. Dabei sehen sie sich mit steigenden Herausforderungen konfrontiert. Die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt erfordern von ihnen sowohl Anpassungsmaßnahmen als auch mehr Anstrengungen beim Klima- und Umweltschutz. Gleichzeitig sind sie am Anfang von stark konzentrierten Lebensmittellieferketten einem enormen Kostendruck ausgesetzt und sehen sich häufig mit Preisen konfrontiert, die zum Leben nicht reichen und einen umwelt- und

klimaschonenden Anbau unmöglich machen. Eine Stärkung von Bäuer*innen und faire Preise für ihre Erzeugnisse sind in unser aller Interesse, denn nur so können existenzsichernde Löhne und Einkommen und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten sowie hohe ökologische Standards in der Landwirtschaft durchgesetzt und damit unsere Lebensgrundlagen gesichert werden. Dazu gehört auch ein **Gebot, dass die Zahlung von Preisen unterhalb der Produktionskosten unterbindet**. Mit dem Nachbessern des *AgrarOLkG* haben die Grünen einen wichtigen Ordnungsrahmen zur Stärkung von Bäuer*innen geschaffen. Das Gesetz muss mit Blick auf neue Herausforderungen von Bäuer*innen ambitioniert weiterentwickelt werden. Auf **EU-Ebene muss sich für eine Nachbesserung der Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken eingesetzt werden**, dass sie Bäuer*innen umfassend schützt und faire Preise, die nachhaltige Erzeugerkosten decken, sichert.

3. DEUTSCHLAND MUSS, UM KRISENFEST ZU SEIN, NACHHALTIGE UND FAIRE LIEFERKETTEN STÄRKEN

Nur Wertschöpfungsketten mit weltweit fairen Arbeitsbedingungen und existenzsichernden Einkommen sowie klima- und umweltfreundlicher Produktion sind zukunftsfähig und stärken die Resilienz von Unternehmen. Dafür braucht es kohärente und starke Rahmenwerke, die gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und Rechtssicherheit schaffen. Mit dem deutschen Lieferkettengesetz ist dafür ein wichtiger Baustein gelegt. Die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) sorgt nun für europaweit einheitliche Standards und muss europarechtskonform und ambitioniert in deutsches Recht umgesetzt werden, ohne bereits bestehende Standards abzusenken. Ein konsequenter nächster Schritt ist nun die **Schaffung von globalen Standards für Lieferkettengesetze**. Dafür gilt es, sich aktiv für ein **verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten in den Vereinten Nationen** einzusetzen. Dabei sollte eine kohärente und einheitliche Umsetzung aller Gesetze im Themenbereich nachhaltigkeitsbezogener Sorgfaltspflichten sichergestellt werden, ohne dabei Nachhaltigkeitsziele zu untergraben. Zudem muss sichergestellt werden, dass kleine und mittlere Unternehmen und Bäuer*innen entlang von nationalen und globalen Wertschöpfungsketten die nötige Unterstützung zur Umsetzung der Regulierungen erhalten.

4. AGRARÖKOLOGIE UND DIE UNTERSTÜTZUNG BÄUERLICHER LANDWIRTSCHAFT WELTWEIT SOLLTEN FESTE BESTANDTEILE DER DEUTSCHEN KLIMAPOLITIK SEIN

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 zu erreichen, muss die zukünftige Regierung eine Wende in der Agrarpolitik vollziehen. Die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt erfordern von Bäuer*innen sowohl Anpassungsmaßnahmen als auch mehr Anstrengungen beim Klima- und Umweltschutz. Die zukünftige Bundesregierung muss bei Finanzierung und Förderung von Anpassung die spezifischen Bedürfnisse von kleinbäuerlichen Strukturen berücksichtigen und gleichzeitig **spezifische Programme für die Umstellung zur Agrarökologie** auflegen. Zudem muss Deutschland sich im Rahmen seiner diplomatischen Beziehungen, seines geopolitischen Gewichts und seiner konkreten Einflussmöglichkeiten international für eine umfassende und **gerechte Klimafinanzierung bei Anpassung sowie Verluste und Schäden** einsetzen.

KONTAKT:

DR. MATTHIAS FIEDLER, GESCHÄFTSFÜHRER FORUM FAIRER HANDEL

E: M.FIEDLER@FORUM-FAIRER-HANDEL.DE

TEL.: 030 28040-599